



Presseschau vom 01.07.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, cassad.net, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben wieder das Feuer auf die Siedlung Oktjabrskij im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk eröffnet, teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Zurzeit beschießen die ukrainischen Streitkräfte die Siedlung Oktjabrskij Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk. Der Beschuss dauert seit mindestens 40 Minuten an.“

Das Ministerium fügte hinzu, dass Informationen über Zerstörungen und Verletzte noch eingeholt werden. Der Beschuss geht weiter.

Vormittags.

Dan-news.info: Interview mit der Beraterin des Oberhauptes der DVR für Kinderrechte Jana Tschewpikowa (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Ukraine hat die Lieferung aller medizinischer Präparate für Neugeborene in die DVR blockiert.

„Über die Lieferung von Präparaten von Seiten der Ukraine ist überhaupt nicht die Rede, absolut nicht. Wissen Sie, am 16. Juni wurde uns verboten medizinische Präparate einzuführen. Das heißt, es ist eine vollständige Blockade.“

Nach den Worten Tschepikowas leisten unter solchen Bedingungen nur eine gemeinnützige Organisation und Russland Hilfe. „Wenn die RF nicht da wäre, dann wäre alle noch um einiges schlimmer“, unterstrich die Kinderbeauftragte.

Die Regierung der DVR bereitet einen Bericht über die Verletzung der UN-Kommission bezüglich der Rechte von Kindern auf Medikamente durch die Ukraine vor.

„Wir bereiten gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium der DVR einen großen Bericht über die Verletzungen der UNO-Konvention vor. Insbesondere betrifft dies die Verletzung der Rechte von Kindern auf Erhalt von Medikamenten und medizinischer Hilfe“, teilte sie mit. Nach den Worten Tschepikowas wird der Bericht in kurzer Zeit veröffentlicht werden. Die Kinderrechtsbeauftragte äußerte die Hoffnung, dass er hilft alle Fragen, die die Verletzung der Rechte von Kindern auf ein freies Leben ohne Beschüsse, auf Bildung, Erholung und anderes zu lösen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit von „Stirol“, eines der größten Pharmawerke der Welt, wird die Situation mit Medikament in der DVR verbessern, aber dies wird durch die ständigen Beschüsse durch die ukrainischen Streitkräfte behindert.

„Und warum wird Gorlowka beschossen? Das ganze Gas, das bei der pharmazeutischen Produktion verwendet wird, befindet sich in unterirdischen Lagern, im Fall eines Treffers auf „Stirol“ wird die Tschernobyl-Katastrophe geringer erscheinen. Natürlich, solange Gorlowka in der Zone des Beschusses ist, kann nicht von einer Wiederaufnahme der Arbeit der Fabrik die Rede sein, leider.

Die Situation kann nur durch eine friedliche Lösung des Konflikts oder durch eine Verschiebung der Frontlinie verbessert werden. „Ich denke, dass sobald sich die Stadt im Hinterland befindet, die Produktion wieder aufgenommen wird. Und natürlich wird es dann für uns einfacher. Wir können Präparate bekommen und Inhaltsstoffe für die Produktion von Medikamenten.“

Dabei stellte Tschepikowa fest, dass die Stilllegung von „Stirol“ auch negative Auswirkungen auf die Ukraine zeigt. „Als die erste Checkpoints auftauchten, gab es in den Apotheken auf dem okkupierten Territorium der DVR bestimmte Präparate nirgends. Und warum? „Stirol“ läuft nicht. Die Sache ist die, dass das eine absolut dumme Politik ist – das Werk hat tatsächlich einen erheblichen Teil des Medikamentenbedarfs abgedeckt. Jetzt leidet nicht nur unsere Republik, sondern auch die Bevölkerung der Ukraine. Und mit Hinblick darauf, dass Gorlowka auch für den Export gearbeitet hat, leiden viele Menschen unter der unvernünftigen Politik der Kiewer Regierung.“

Die Kinder, die von den Kiewer Behörden im Sommer des letzten Jahres aus der Republik gebracht wurden, können ohne Gerichtsentscheidungen den Status erhalten, dass sie ohne elterliche Vormundschaft sind.

„Die Regierung der Ukraine hat sich einen „Erlass über Kinder aus der ATO-Zone“ ausgedacht, gemäß dem ein Kind, wenn es keine Dokumente hat, niemand es holt, dass dann dieser spezielle Erlass gilt und das Kind als ohne elterliche Vormundschaft betrachtet wird“, erklärte sie.

Tschepikowa sagte, dass so die Kiewer Behörden ohne Gerichtsentscheid den Eltern ihre Recht entziehen können. „Es kann unter Vormundschaft gestellt werden, in eine Adoptivfamilie oder Kinderheim gegeben werden, auch wenn die Eltern leben. Und das ist schon ein Verbrechen.“

Wir erinnern daran, dass im Sommer 2014 vom Territorium der DVR mindestens 68 Kinder angeblich zur Erholung nach Swjatogorsk gebracht worden. In diesem Jahre ist von allen von der ukrainischen Seite festgehaltenen jungen Einwohnern des Donbass nur einem Kind gelungen zurückzukehren.

Die Regierung der DVR plant die Frage der Rückkehr der zuvor durch Vertreter des Kiewer Regimes aus Donezk weggebrachten Kinder bei den Minsker Verhandlungen aufzuwerfen.

„Zur Zeit bereiten Darja Morosowa und ich die Frage der Rückkehr der Kinder für die Erörterung in der Kontaktgruppe bei den Minsker Verhandlungen vor. Ich weiß nicht, ob dies ein Ergebnis gibt, aber ich bin bereit dorthin zu gehen.

Die Kinder auf den von Kiew okkupierten Territorium der DVR sind durch die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte eingeschüchtert.

„Die Kinder auf den nicht von uns kontrollierten Gebieten sind einfach eingeschüchtert.

Sehen sie auf unsere Kinder, die am 1. Juni, dem Internationalen Kindertag, glücklich herumgelaufen sind, mit Luftballons und Süßigkeiten. Bei uns war ein Festtag. Ja, sie fürchten auch den Krieg, ja, viele von ihnen reagieren auf das kleinste Geräusch – setzen sich, werfen sich auf den Boden, die Kleinen weinen, aber wir tun alles, damit die Kinder die Kriegsgeräusche nicht hören.

Nach ihren Worten ist die Situation in der Pufferzone eine grundsätzlich andere. „Aus Quellen ist bekannt, dass die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte randalieren, sie sind aggressiv gegenüber der Bevölkerung, nicht alle natürlich, aber die Mehrheit von ihnen. Die Menschen haben Angst am Telefon zu sprechen, sie haben Angst untereinander irgendwelche Themen zu diskutieren und natürlich wirkt sich das alle auf die Psyche der Kinder aus.“

Dan-news.info: „In der Nacht auf den 1. Juli wurde der Kujbyschewskij-Bezirk beschossen. Es wurden direkte Treffer auf dem Kremlewskij-Prospekt festgestellt, Geschosse trafen auch den Bereich des Bergwerks „Oktjabrskij rudnik“ und die Buslajew-Straße“, teilte das Bürgermeisteramt der Hauptstadt mit.

Nach vorliegenden Daten gibt es keine Opfer.

de.sputniknews.com: Die trilateralen Verhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und der EU-Kommission sind am Dienstag in Wien mit einem Null-Ergebnis zu Ende gegangen. Es wurden keine Dokumente über die Finanzhilfe für die Ukraine zwecks Gaskäufe unterzeichnet. Das ukrainische Unternehmen Naftogas kündigte an, es kauft ab 1. Juli kein Gas mehr bei Russland.

Von der EU-Kommission erhielt die ukrainische Delegation nichts außer Versprechungen, Kiew bei der Finanzierung des Gaskaufs für Winterreserven zu unterstützen. Andererseits legte die Ukraine der EU keine Garantien für die zielgebundene Nutzung dieser Finanzmittel vor.

Zugleich fand Kiew das von Russland angebotene Gas-Preisrabatt nicht ausreichend. Abgelehnt hat die Ukraine auch den Vorschlag Russlands, den Preis und die Verrechnungen jedes Quartal neu zu regeln. Im Endergebnis kündigte Kiew an, Gas von jetzt an ausschließlich bei europäischen Lieferanten zu kaufen. Russlands Energiewirtschaftsminister Alexander Nowak bewertete diesen Beschluss als politisch motiviert und verwies darauf, dass es keine wirtschaftlichen Grundlagen für einen solchen Schritt gibt.

Wie die ukrainische Seite versicherte, wird sich der Stopp der Gaskäufe in Russland in keiner Weise auf den Gastransit über die Ukraine nach Europa auswirken.

Die nächste Runde der trilateralen Verhandlungen wird voraussichtlich im September stattfinden. Der ukrainische Energieminister Wladimir Demtschischin äußerte die Zuversicht, dass die nächsten Verhandlungen produktiver sein werden und „eine Basis für das 4. Quartal bringen werden“. Sein russischer Kollege Nowak bewertete die Konsultationen am Dienstag in Wien als „nützlich“.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30049/25/300492554.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden vier mal das Regime der Feueereinstellung verletzt und das Territorium der LVR auch mit großkalibrigen Granatwerfern und gepanzerter Militärtechnik beschossen, teilte heute die Volksmiliz der LVR mit. Beschossen wurden Shelobok, Donezkij, das Gebiet am Denkmal des Fürsten Igor bei Staniza Luganskaja.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Im Raum der so genannten Anti-Terror-Operation im Osten der Ukraine gilt ab sofort das Verbot für die ukrainischen Militärs, per Handy zu telefonieren, wie der Fernsehsender „112 Ukraina“ am Mittwoch berichtet.

Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf wurde vor kurzem von der Obersten Rada (Parlament) der Ukraine verabschiedet.

Laut diesem Dokument wird ab sofort der Kommandeur eines Truppenteils über die Nutzung von persönlichen Fotokameras, Tonbandgeräten, Rundfunkempfängern, Handys, anderer Technik der Mobilkommunikation bzw. Nachrichtenübertragung, Computern sowie von elektronischer Haushaltstechnik durch Militärangehörige entscheiden.

Das Ziel dieser Maßnahme ist es, die Kontrolle über Informationsverluste zu verstärken.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30302/42/303024293.jpg>

Dan-news.info: Diversanten der ukrainischen Streitkräfte haben in der letzten Nacht den Bahndamm unter einer fahrenden Lokomotive auf dem Streckenabschnitt Waljanowo – Darjewka auf dem Territorium der LVR gesprengt, teilte heute das Transportministerium der DVR mit.

„Am 30. Juni um 23:00 erfolgte auf dem Streckenabschnitt Waljanowo – Darjewka (Territorium der LVR) in der Folge einer weiteren Diversionsoption der ukrainischen Streitkräfte bei der Durchfahrt einer Elektrolok eine Explosion des rechten Schienenstrangs unter der Lokomotive.“

In der Folge der Diversion wurden die Gleise am km 101 beschädigt. Die Lokomotive wurde nicht ernsthaft beschädigt, unter den Eisenbahnern gibt es keine Verletzten. Der materielle Schaden beträgt 2400 Griwna.

„Selbst kleinere Beschädigungen an den Eisenbahnwegen können zu ernsthaften Unterbrechungen des Eisenbahnverkehrs führen. Regelmäßige Sprengungen an Objekten der Eisenbahninfrastruktur sprechen von zielgerichteten Handlungen von Seiten der Diversionen der ukrainischen Straftäter“, unterstrich das Ministerium.

Dan-news.info: „Die Intensität der Beschüsse durch die ukrainische Seite betrug in den letzten 24 Stunden 26 Verletzungen des Regimes der Feuertätigkeit“, erklärte das Verteidigungsministerium der DVR.

Beschossen wurden Nikolajewka, Schirokino, das Bergwerk „Oktjabrskaja“ in Donezk, Sachanka, Gorlowka, Losowoje, Shelesnaja Balka, Spartak und der Donezker Flughafen. Verluste unter den Soldaten und der Zivilbevölkerung der DVR gibt es nicht.

de.sputniknews.com: EU-Parlamentspräsident Martin Schulz wird am Freitag zu einem Besuch in Kiew erwartet, schreibt die "Nesawissimaja Gasetta" am Mittwoch.

Wie der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko sagte, ist Schulz' Besuch dem ersten Jahrestag der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine gewidmet.

Als das Dokument unterzeichnet wurde, trat sein politischer Teil, der grundlegende Reformen in der Ukraine vorsieht, sofort in Kraft. Der wirtschaftliche Teil aber, der unter anderem die Bildung eines Freihandelsraumes zwischen der Ukraine und der EU vorsieht, ist erst ab 1. Januar 2016 gültig. Damit nahm Brüssel Rücksicht auf Moskaus Besorgnisse um

die möglichen negativen Folgen der Bildung des erwähnten Freihandelsraumes für die Zollunion um Russland.

Die Europäer verzichteten zwar vorerst auf den zollfreien Export ihrer Waren in die Ukraine, akzeptierten aber gleichzeitig den Import von ukrainischen Waren. Dadurch sollten die ukrainischen Produzenten für den Verlust des russischen Absatzmarktes zum Teil entschädigt werden.

Aus diesem Grund gibt es in der Ukraine jetzt weniger europäische Waren, aber es stellte sich heraus, dass der offene europäische Markt nicht für alle ukrainischen Unternehmen geöffnet ist: In einigen Bereichen sind die Lieferungen durch Quoten beschränkt, in anderen Bereichen gibt es Probleme mit der EU-Zertifizierung der ukrainischen Produkte usw. Im ersten Halbjahr 2014 war der ukrainische Export in die EU um nahezu 15 Prozent gewachsen. 2015 begann jedoch mit einem Rückgang. Experten führen das auf die geschrumpften Lieferungen von Produkten zurück, die in der vom Krieg erfassten Donbass-Region hergestellt werden bzw. wurden.

Die Ukraine verkauft jetzt weniger Metalle, Maschinen, Mineralprodukte usw. Zugenommen haben Lieferungen von Waren wie Holz, Chemieprodukte und Lebensmittel. Laut Experten handelt es sich eher um geringfügige Exporte auf den EU-Markt. Ein ukrainischer Agrarproduzent sagte, das größte Problem bestehe nicht in den strikten EU-Richtlinien, sondern vor allem in der „ukrainischen Bürokratie und Korruption“. „Dieses System bremste die Entwicklung des Landes in den Jahren der Unabhängigkeit und fühlt sich immer noch sehr wohl. Wenn man diese zwei Faktoren loswerden könnte, würde man sehen, wie sich die Ukraine verändern kann“, so der Unternehmer. Dabei spiele das Assoziierungsabkommen mit Brüssel an sich keine Rolle: „Reformen sind nötig, die im politischen Teil des Abkommens verankert sind.“

Der frühere ukrainische Außenminister Wladimir Ogrysko stimmte zu, dass der Erfolg der EU-Integration der Ukraine von der Regierung abhängt:

„Nichts verändert sich nur deswegen, weil jemand irgendein Dokument unterzeichnet hat. Das Assoziierungsabkommen ist lediglich ein Förderungsfaktor, eine Art Gebrauchsanweisung für die Reformen. Man muss sie aber durchführen, denn niemand sonst wird das tun. (...) Die Maschinerie der Regierung ist leider ins Stocken geraten und bleibt stehen, anstatt radikale Reformen voranzubringen.“

Einige Beamte wollen aber nichts tun, weil sie an den Reformen nicht interessiert sind, und berufen sich auf den Krieg im Donezbecken, fuhr Ogrysko fort. „Die Ukrainer berücksichtigen zwar den Kriegsfaktor und gehen deshalb nicht auf die Straße. Falls sich aber die Situation nicht verändert und falls es keine systematischen Reformen gibt, wird die Frage nach dem Machtwechsel wieder aufgeworfen“, vermutete der ehemalige Minister.

Politologe Sergej Taran denkt allerdings nicht, dass die Ukrainer nicht mehr an die Idee der EU-Integration glauben. Das beweisen auch die Ergebnisse einer Studie des Kiewer Instituts für Soziologie, der zufolge 48,8 Prozent der Ukrainer derzeit für den EU-Beitritt ihres Landes und nur 28,4 Prozent dagegen stimmen würden.

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 27 Panzergeschosse, 211 Granatgeschosse des Kaliber 82 und 120 mm und es wurden 180 Beschüsse mit kleineren Granatwerfern AGS-17 durchgeführt.“

Basurin erinnert daran, dass insgesamt in den letzten 24 Stunden 26 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung erfolgt sind. Insbesondere wurde wieder Gorlowka von den Positionen des 11. einzelnen Panzergrenadierbataillons unter dem Kommando von Oberst Alexej Sawitsch (Strafbataillon „Kiewskaja Rus“) beschossen.

„In Sachanka wurden sieben Häuser zerstört.“

Der Leiter der Dorfverwaltung von Sachanka Alexandr Pelipas bestätigte dies.

Nach seinen Worten wurde auch die Strom- und Gasversorgung in einigen Gebieten unterbrochen. „Die Reparaturbrigaden der Elektriker beschäftigen sich gerade mit der

Wiederherstellung der Elektroversorgung, die Gasleitungen wurden schon repariert“, sagte er.

de.sputniknews.com: Sanktionen gegen Russland und Forderungen gegenüber Gazprom haben keinen Einfluss auf die Gasverhandlungen mit der Ukraine, und die russischen Transitgaslieferungen über die Ukraine an die EU sind außer Gefahr, wie Maroš Šefčovič, EU-Kommissar für die Energieunion, am Mittwoch in einer Pressekonferenz geäußert hat.

Lug-info.com: Pressekonferenz von demobilisierten ukrainischen Soldaten, die in die LVR zurückgekehrt sind (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Mehr als 50 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die aus dem Lugansker Gebiet stammen und 2013 zum Militär einberufen wurden, sind nach der teilweisen Demobilisierung in die Heimat zurückgekehrt. Dies erklärte auf der Pressekonferenz die Leiterin des Zentrums für Verbindungen zur Öffentlichkeit des Staatssicherheitsministeriums der LVR Jewgenija Ljubenko.

„In der LVR sind in der letzten Zeit mehr als 50 Menschen eingetroffen. Einige der Wehrpflichtigen taten Dienst in der ATO-Zone, aber die Mehrheit von ihnen hat nicht an Kampfhandlungen teilgenommen.“

Soldaten der ukrainischen Streitkräfte wurden nach Beginn der Kämpfe im Donbass vor die Wahl gestellt, entweder in ein Disziplinarbataillon zu kommen oder in der Zone der sogenannten „antiterroristischen Operation“ zu dienen, berichtete der demobilisierte Soldat Jewgenij.

Das Kommando der Kiewer Truppen versorgt die im Donbass kämpfenden sogenannten Freiwilligenabteilungen gut und ignoriert praktisch vollständig den Bedarf der Formierungen der ukrainischen Streitkräfte, berichtete Jewgenij.

Nach seinen Worten ist die Versorgung der sogenannten Freiwilligenbataillone, insbesondere des Bataillons „Donbass“ weitaus besser. Dies gilt sowohl für Kleidung und Ausrüstung als auch für Verpflegung.

de.sputniknews.com: Finnland hat ein Einreiseverbot für Mitglieder der geplanten russischen Delegation zur parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE PV) unter Druck von Washington und Brüssel eingeführt. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bezeichnet dies als empörend, berichtet RIA-Novosti.

"Wir finden dies höchst empörend, da der Vorsitzende der russischen Staatsduma (Parlamentsunterhaus), soweit ich weiß, an einer internationalen Veranstaltung teilnehmen wollte, die nicht im Rahmen der bilateralen Beziehungen stattfindet", sagte Peskow.

Am 1. Juli wurde berichtet, dass die Botschaft von Finnland beschlossen hat, Naryschkin keine Einreise zu der OSZE PV, die vom 5. bis 9. Juli in Helsinki stattfinden wird, zu genehmigen.

Zuvor wurde erwartet, dass die russische Delegation von Naryschkin geleitet wird. Laut Finnlands Botschaft ist das Einreiseverbot damit zu erklären, dass die russischen Abgeordneten auf der Sanktionsliste der Europäischen Union stehen.

Des Weiteren sind laut dem Vertreter des finnischen Außenministeriums Vesa Häkkinen noch fünf Russen, die ebenfalls auf der Sanktionsliste stehen, nicht berechtigt, das Land zu besuchen. Häkkinen weigerte sich, ihre Namen zu nennen, erwähnte jedoch, dass die Informationen über die Personen in der EU-Sanktionsliste offen zugänglich seien.

"Letzte Nacht wurde bekannt, dass die finnischen Behörden unter grobem Druck aus Washington und Brüssel fünf Mitgliedern der russischen Delegation das legitime Recht entzogen haben, an der Versammlung der OSZE teilzunehmen", bestätigte Naryschkin selbst in einem Gespräch mit Journalisten.

Ende Mai wurde bekanntgegeben, dass Naryschkin die Absicht hat, die finnische Hauptstadt zu besuchen. Damals wurde berichtet, dass die russische Delegation mehrere Vorschläge zur Erörterung in der Versammlung vorbereitet.

Die Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist dem 40. Jahrestag des Helsinki-Abkommens gewidmet.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verschlechterten sich im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine. Ende Juli 2014 hatten die EU und die USA Sanktionen gegen eine Reihe von russischen Wirtschaftssektoren verhängt.

Als Gegenmaßnahme erließ Russland ein Einfuhrverbot für Nahrungsmittel aus den Ländern, die Sanktionen gegen es eingeführt hatten. Es handelt sich hierbei um die USA, die EU-Staaten, Kanada, Australien und Norwegen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30084/25/300842569.jpg>

Lug-info.com: Der Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij hat in einem Erlass die persönliche Verantwortung für die sozialpolitische Situation in den ihnen anvertrauten Territorien auf die Leiter der Stadt- und Bezirksverwaltungen übertragen.

In dem Dokument heißt es, dass der Erlass mit dem Ziel erfolgt, das Aufkommen von möglichen politischen und sozialen Konflikten auf dem Territorium der LVR zu verhindern. Das Oberhaupt der LVR verpflichtete „die Leiter der Bezirksverwaltungen eine förderliche politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität auf den entsprechenden Territorien zu unterstützen“.

Dabei sind die Leiter der territorialen Abteilungen der Ministerien und ausführenden Staatsorgane verpflichtet, „mit den Leitern der Stadt- und Bezirksverwaltung zur Sicherungen der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Stabilität auf den jeweiligen Territorien zusammenzuarbeiten“.

Der Erlass fordert von den „Leitern der Stadt- und Bezirksverwaltung rechtzeitig und operativ erschöpfende Maßnahmen zur Vorbeugung von Situation zu ergreifen, die zu politischen und sozialen Konflikten führen können sowie zu wirtschaftlichen Problemen auf den ihnen anvertrauten Territorien“.

Dan-news.info: Vertreter der Regierung der DVR und der Kommissar für Menschenrechte des Europarats Nils Muižnieks haben heute die Koordination der Arbeit internationaler humanitärer Missionen auf dem Territorium der DVR erörtert. Dies teilte die Administration des Oberhauptes der DVR mit.

„Vertreter der Regierung der DVR haben mit dem Kommissar des Europarats Nils Muižnieks die Schaffung einer Kommission erörtert, die die Arbeit aller internationalen humanitären Missionen koordinieren wird, die auf dem Territorium der DVR arbeiten.“ Ziel ist die Erhöhung der Effektivität ihrer Arbeit.

de.sputniknews.com: Kiew wird alles Mögliche tun, um dem Krieg im Osten des Landes möglichst schnell ein Ende zu setzen, wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am Mittwoch erklärte.

„Weder mein Friedensplan noch die Minsker Vereinbarungen haben eine Alternative“, sagte Poroschenko während der Vorstellung eines Entwurfes zur Novellierung des nationalen Grundgesetzes. Das Dokument betrifft die Dezentralisierung der Macht.

Dan-news.info: Der Einkauf und Verkauf von Waren des dringenden Bedarfs wird durch staatliche Unternehmen erfolgen. Dies erklärte heute als Antwort auf Anfragen von Bürgern der Leiter der Verwaltung der Hauptstadt Igor Martynow.

„Zurzeit wird ein Konzept für ein Lebensmittelprogramm ausgearbeitet. In der nächsten Zeit können wir Waren des dringenden Bedarfs über staatliche Unternehmen beschaffen und verkaufen. Dies hilft die Preise für eine Reihe von Lebensmitteln auf das ukrainische Niveau zu senken“, sagte Martynow.

Nach den Worten des Bürgermeister „haben sich zuvor mit dem Warenumlauf in Donezk private kommerzielle Unternehmen befasst, aber sie sind mit dieser Aufgabe nicht zurecht gekommen“.

Wir erinnern daran, dass am 20. Februar die Abgeordneten des Volkssowjets der DVR einstimmig beschlossen haben, eine Parlamentskommission zur Regelung der Preise für Grundlebensmittel zu schaffen. Zur ihrer Aufgabe gehört die Festlegung einer Liste von Waren, deren Preise festgeschrieben werden müssen.

News-front.info: Seit nunmehr 3 Tagen steht die Stadt Perwomajsk unter massivem Beschuss durch schwere Artillerie. Der andauernde Beschuss führte zum Totalausfall der Stromversorgung in der Stadt. Die Einwohner sind verängstigt und kehren wieder in die Keller zurück. (Video mit deutschen Untertiteln)

<https://youtu.be/AhSoQLZsO3s>

abends:

de.sputniknews.com: Der Entwurf der Verfassungsänderungen in Bezug auf die Dezentralisierung der Ukraine sieht keinen besonderen Status der Donbass-Region vor, wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am Mittwoch erneut bekräftigte.

Es seien nur Gerüchte, sagte Poroschenko am Mittwoch Journalisten.

Vergangene Woche hatte die Verfassungskommission den Entwurf für die geplante Verfassungsreform gebilligt.

„Die Dezentralisierung bedeutet keine Schwächung der Zentralmacht in solchen Bereichen wie Verteidigung, Außenpolitik, nationale Sicherheit, Vorrang des Rechts und Wahrung der bürgerlichen Freiheiten“, betonte er.

„Der Entwurf sieht die Möglichkeit eines spezifischen Modus der örtlichen Selbstverwaltung in einzelnen administrativ-territorialen Einheiten der Gebiete Donezk und Lugansk vor, welche durch ein besonderes Gesetz festgelegt werden.“

Die Venedig-Kommission habe darauf bestanden, dass diese Angelegenheit in den

Übergangsbestimmungen der Verfassung ihren Niederschlag finde, betonte er. Am Freitag hatte die Verfassungskommission den Entwurf gebilligt und Poroschenko zur Bestätigung übergeben. Der Präsident versprach, die Änderungen zu prüfen und in der laufenden Woche dem Parlament zur Erörterung vorzulegen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30303/64/303036470.jpg>

de.sputniknews.com: Im Auftrag des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko sollen die Regeln zum Überqueren der Trennlinie zwischen den von Kiew kontrollierten und den abtrünnigen Gebieten vereinfacht werden. Vorgesehen ist auch die Schaffung eines so genannten grünen Korridors (Green Corridor) für humanitäre Hilfsgüter.

„Der Übergang durch die Berührungslinie im Donbass auf unser Territorium wird für diejenigen Personen erleichtert werden, die keine rechtswidrigen Handlungen begangen haben“, sagte der ukrainische Staatschef zu Journalisten. Im Donbass würde schon bald ein elektronisches Durchlasssystem eingesetzt.

„Morgen wird der ukrainische Sicherheitsratschef Alexander Turtschinow eine Beratung abhalten, in der die endgültige Entscheidung darüber getroffen wird. Und die neuen Regeln werden demnächst in Kraft treten“, unterstrich Poroschenko.

In Bezug auf die Schaffung des grünen Korridors sagte er, die Regierung hätte dies zuvor mit internationalen Organisationen vereinbart.

Der grüne Korridor für humanitäre Hilfsgüter wird sowohl für die Ukraine als auch für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) sowie für internationale Organisationen und europäische Partner gültig sein“, versprach Poroschenko.

de.sputniknews.com: Das US-Verteidigungsministerium hat am Mittwoch die Nationale Militärstrategie veröffentlicht, die unter anderem einen Widerstand gegen „die revisionistischen Staaten wie Russland“ vorsieht, welche gegen die Völkerrechtsnormen verstießen.

„Entsprechend dem strategischen Dokument müssen die Streitkräfte der USA darauf vorbereitet sein, den ‚revisionistischen Staaten‘ wie Russland, die die Völkerrechtsnormen herausfordern, sowie den extremistischen Organisationen wie dem ‚Islamischen Staat‘ entgegenzuwirken“, heißt es in einer Pressemitteilung des Pentagon.

Die Behörde erkennt zwar den Beitrag Russlands zu einigen Bereichen der Sicherheit an, so zur Bekämpfung des Terrorismus und des Drogenhandels, verweist jedoch auf die „Absicht dieses Staates, Gewalt zum Durchsetzen seiner Ziele anzuwenden“.

Russland führe allen ständig vor Augen, dass es die Souveränität seiner Nachbarn

missachte... „Russlands Kriegshandlungen untergraben die regionale Sicherheit direkt oder über die Kräfte, die mit diesem Land verbunden sind“, heißt es.